

„Mieten essen Leben auf“

Gastkommentar von Sabine Trummer und Peter Grüner (DOWAS)

Erschienen in der FREIRAD-Programmzeitung Jänner-März 2020

Wohnungsnot spitzt sich zu. Die hohen Ausgaben fürs Wohnen sind ein gesamtgesellschaftliches Problem – leistbaren Wohnraum für alle sicherzustellen ist daher eine zentrale politische Aufgabe!

Zu wenige und zu teure Mietwohnungen bestimmen den privaten Wohnungsmarkt in Tirol, insbesondere in Innsbruck. Der Soziale Wohnbau ist bei weitem nicht bedarfsdeckend (lange Wartelisten und Wartezeiten). Eigentumswohnungen sind selbst für Menschen mit einem guten Einkommen nicht finanzierbar. Angemessener Wohnraum ist zu einem Luxusgut geworden. So lässt sich die aktuelle Wohnversorgungssituation in Tirol kurz und bündig zusammenfassen.

Wohnungsnot ist eines der gesellschaftlichen und sozialpolitischen Probleme, mit dem sich das DOWAS seit seinem Bestehen befasst. Wohnungsnot ist nicht neu, sie hat sich in den letzten Jahren deutlich zugespitzt. Immer mehr Menschen - darunter viele Familien - wenden sich an das DOWAS, weil sie keine Wohnung haben bzw. weil ihr Einkommen nicht mehr ausreicht, um sich die Miete noch leisten zu können. 2018 wandten sich insgesamt 2.200 Menschen an die Sozialberatungsstellen des DOWAS. 1.050 von ihnen waren beim ersten Kontakt wohnungslos (darunter 150 Jugendliche). Die Jüngsten waren 14, die Ältesten fast 70 Jahre alt.

Innsbruck: Garconnière 20 m² € 650,--, kleine 2-Zimmer Wohnung 50 m² € 900,--
Wer auf eine Mietwohnung angewiesen ist, dem bleibt selbst bei einem mittleren Einkommen wenig Geld zum Leben übrig. Die Wohnkostenüberbelastung in Kombination mit befristeten Mietverträgen, stellt für immer mehr Menschen eine existenzielle Bedrohung dar. Wohnungsnot ist kein sogenanntes „Randgruppenproblem“ – prekäres Wohnen ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Die Auswirkungen:

- Wohnkosten gefährden die Existenz bzw. schränken die Lebensqualität deutlich ein. Selbst ein Erwerbseinkommen stellt keine Garantie mehr dar, sich das Wohnen noch leisten zu können.
- Immer mehr Menschen sind auf Wohnbeihilfen oder Mindestsicherung angewiesen.
- Die Gefahr die Wohnung zu verlieren steigt. Immer mehr Menschen werden wohnungslos.
- Die Anzahl jener Menschen, die in Sozialberatungsstellen wie dem DOWAS Unterstützung suchen, ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe sind permanent (über)belegt und führen Wartelisten.

Dass Wohnungsnot herrscht, lässt sich nicht mehr ignorieren oder schönreden. Es besteht Handlungsbedarf! Der private Wohnungsmarkt wird das Problem allerdings nicht lösen. Im Gegenteil: Immobilienfonds, Investmentgesellschaften oder private Bauträger sind ausschließlich an höchstmöglichen Renditen interessiert.

Die Wohnungsfrage muss als eine klassische staatliche Aufgabe gesehen werden. Im Interesse des Allgemeinwohls muss Geld in die Hand genommen und in den

sozialen Mietwohnbau investiert werden. Es müssen gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die MieterInnen schützen (bspw. Mietrechtsgesetz). Soziale Transferleistungen müssen so gestaltet werden, dass Menschen mit geringem/fehlendem Einkommen wohnen können (bspw. Mindestsicherung). Es braucht einiges an staatlichen Interventionen. Wohnungsnot zu beseitigen ist, den politischen Willen vorausgesetzt, machbar. Die politischen Gestaltungsmöglichkeiten sind in zahlreichen Studien und Expertisen benannt (siehe u.a. www.bawo.at).

Es geht uns alle an. Wenn wir eine Wohnungspolitik wollen, die sich nicht ausschließlich an den Interessen einer Minderheit ausrichtet (den profitorientierten Akteuren am Wohnungsmarkt), dann müssen wir als BürgerInnen Stellung beziehen und entsprechende Maßnahmen einfordern. Es braucht eine Allianz für ein Grundrecht auf leistbares Wohnen für alle.

Mehr Informationen zum Thema in den DOWAS Jahrbüchern www.dowas.org

Das DOWAS betreibt zwei Sozialberatungsstellen in Innsbruck (für Erwachsene und im Chill Out auch für Jugendliche), bietet Sozialberatung in Imst an und stellt 52 betreute Wohnplätze für Einzelpersonen (auch Frauen), Paare, Familien, Jugendliche/junge Erwachsene zur Verfügung. Schwerpunkte in der Beratung sind Existenzsicherung, Wohnungssuche/Wohnungserhalt, Arbeit und Ausbildung.